



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die Majorität des preußischen Abgeordnetenhauses.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die Majorität des preussischen Abgeordnetenhauses.

Als das preussische Abgeordnetenhaus im Januar dieses Jahres nach einjähriger Unterbrechung wieder zusammentrat, fand es eine doppelte Aufgabe vor, eine alte und eine neue: die Erkämpfung seines von der Krone und dem Herrenhause bestrittenen Budgetrechts und den Abschluß der schleswig-holsteinischen Verwicklung im nationalen Sinne. Das Abgeordnetenhaus indessen, d. h. die in der Fortschrittspartei und im linken Centrum versammelte liberale Majorität war sich nur der ersten dieser beiden Aufgaben deutlich bewußt. Beschränktheit des Blickes bei der Masse der Abgeordneten und Mangel an eigentlich anerkannten, wirklich leitenden Führern verhinderten bis in die allerletzten Wochen einer langen Session hinein sogar jede ausdrückliche Verhandlung über die brennendste und bedeutungsvollste aller deutschen Tagesfragen. Man fürchtete schon bei ihrer bloßen Berührung zu zerfallen. Man sah und begriff nicht, daß in ihr das Mittel lag, um die Regierung zur Anerkennung des constitutionellen Finanzrechts zu zwingen.

Es wäre irrtümlich, anzunehmen, daß die Mehrheit des Hauses überhaupt keinen Friedensschluß mit dem gegenwärtigen Ministerium gewollt habe. Bis weit über die Mitte der Session hinaus war es noch jeden Augenblick möglich, sie zu einem für die Regierung durchaus annehmbaren Vergleich zu bestimmen. Mit dem siegreichen Kriege hatte sich der Wille oder die Hoffnung, die Armee-reform einfach wieder rückgängig zu machen, bei der großen Mehrzahl verloren; nur einzelne unbelehrbare Köpfe hielten noch an einer so phantastischen Erwartung fest. Damit war das Abgeordnetenhaus innerlich auf den Punkt vorgerückt, auf welchem der König es haben wollte, als er die Aufrechthaltung der Armee-reform zum Mittelpunkt seiner ganzen politischen Haltung machte, erst Schwerin, dann v. d. Heydt entließ, eine verfassungswidrige Preßver-ordnung sanctionirte und die bureaukratische Disciplinargewalt bis an die äußerste Grenze gebrauchen ließ. Der König hatte in den Gemüthern der Opposition den großen Zweck seiner Regierung erreicht: die Reorganisation des Heeres wurde zwar noch immer nicht als gut, aber doch als nicht länger be-  
streitbar angesehen. Was noch daran bestritten wurde, war einestheils die

Höhe der Ausgaben und die Länge der Präsenzzeit, andertheils der rechts-widrige Bestand. Ersteres ließ sich ermäßigen, ohne den Werth der neuen Einrichtung irgend zu beeinträchtigen, wie der Kriegsminister selber wiederholt sowohl öffentlich als vertraulich eingestanden hat; und letzterer, der Mangel der Entlohnung, ließ sich ja durch nachträglich eingeholte Zustimmung des Abgeordnetenhauses jeden Augenblick gut machen, sobald man einmal in der Sache einig war. Die Verfassungslücke wurde bekanntlich erst entdeckt, als es galt, sich gegen die Angriffe des Abgeordnetenhauses auf die Reorganisation aus Sophismen eine Art scheinrechtlicher Schanze zu bauen. Der lange Kampf mochte ein gewisses gewohnheitsmäßiges Attachment auch für dieses bloße Vertheidigungswerk erzeugt haben, aber besser war es doch, seiner gar nicht zu bedürfen. Recht behaglich konnte einem ursprünglich biedern und rechtliebenden Gemüth doch niemals darin werden.

Zu dieser Verbesserung der äußern Lage der Regierung durch den Krieg kam die andere, ihr gestiegenes europäisches Ansehen. Unter dem Eindruck der letzten aufregenden Erörterungen in beiden Häusern des Landtags haben Fortschrittredner und Schriftsteller sich vergeblich mit dem Nachweis sauer werden lassen, daß Herr v. Bismarck im Laufe der schleswig-holsteinischen Verwicklung doch eigentlich weder Courage noch Consequenz gezeigt habe, so daß man sich am Ende wohl gar wieder nach den friedlich stillen Tagen des Grafen Bernstorff oder des Baron Schleinitz zurückkehren sollte, oder aber vorwärts nach denen des General v. Manteuffel, in welchem dieselben Stimmen uns Herrn v. Bismarcks präsumtiven Nachfolger vorzustellen lieben. Bis auf Weiteres steht fest, daß Herr v. Bismarcks Politik, gleichviel ob mehr durch Glück oder mehr durch Verdienst, Preußens diplomatischen Credit mindestens ebenso sehr gehoben hat, als die schleswigschen Ereignisse Preußens militärischen Credit. Diese Politik sieht sich augenblicklich allerdings wieder von wachsenden Schwierigkeiten umringt, allein sie arbeitet auf jeden Fall rüstig und unausgesetzt gegen dieselben an. Durch sie sind wir aus der Idylle wieder zum Epos übergegangen. Sie ist nicht unbedingt und einfach national, vielleicht auch nicht immer gerade sehr loyal, sie leidet an einem noch ungehobenen Reste innern Widerspruchs, ihre Träger sind mitunter mehr als zwiespaltig — aber sie streitet doch für Preußens Machtstellung in einer Richtung, die mit der eigentlich nationalen der Hauptsache nach zusammenfällt, und sie ist sich ihrer hohen Aufgaben, wie es scheint, ziemlich klar bewußt. Ehen deswegen hat sie im Stillen längst aufgehört, an dem Hader zwischen Krone und Abgeordnetenhaus ihr Vergnügen zu finden. Sie begreift die darin liegende Schwächung nach außen hin; und da im Innern dem Wesen nach erreicht ist, worauf es der Krone und ihren jetzigen Rathgebern bei Eröffnung des Verfassungskampfes ankam, da Interesse und Energie sich inzwischen nach außen gekehrt haben, so fangen

die Gesichtspunkte der auswärtigen Politik an, die der innern zu beherrschen. Hierin liegt ein solcher Gegensatz zu der sogenannten Politik Olmüz, daß man nicht begreift, wie oppositionelle Stimmen selbst in der Leidenschaft des Gefechts noch von diesem Schreckbild den Mund voll nehmen mögen; hierin lag zugleich die Handhabe, deren sich die liberale Mehrheit im Abgeordnetenhaus zur Erlangung aller ihrer Zwecke bemächtigen mußte. Sie mußte eine Stunde abwarten, wo Herr v. Bismarck an der Unterstützung seiner schleswig-holsteinischen Politik durch die Landesvertretung besonders viel liegen mußte, und dann erklären, unter Voraussetzung billiger Zugeständnisse in der Verfassungsfrage sei sie bereit, sich gegen Oesterreichs Eifersucht und die haßerfüllte Angst des Particularismus auf seine Seite zu schlagen.

Tugendhafte Kreisrichter werden sich vielleicht glücklich preisen, daß sie vor jeder Versuchung auf solchen „Schacher“ einzugehen bewahrt geblieben sind. Aber der Abgeordnete Prince-Smith wird ihnen, wofern sie es wünschen, gewiß mit der erschöpfendsten Bündigkeit auseinandersetzen, daß kein Grund abzusehen sei, warum das volkwirtschaftliche Gesetz von Dienst und Gegenstand nicht auch in der Politik seine Geltung behaupten solle. Und um zur Theorie das Exempel zu fügen, laden wir sie zu einem Rückblick auf die Entstehung der heutigen Verfassungskrisis ein. Von Wagener über Wehrenpfennig bis zu Engels sind heutzutage die Kritiker aller Parteien darüber im Reinen, daß es die politische Pflicht des Herrn v. Vincke gewesen wäre, ein Tauschgeschäft zwischen seiner Partei und der Krone herbeizuführen, wonach diese ihre Armee reform gleich damals in etwas liberalisirter Form durchgesetzt, dafür aber Reform des Herrenhauses und andere liberale Maßregeln zugestanden hätte. Das wäre zwar auch gewissermaßen „Schacher“ gewesen, hätte uns aber einen langen fruchtlosen Verfassungskstreit erspart und die Befreiung Schleswig-Holsteins zum Ausgangspunkt der deutschen Bundesreform gestempelt.

Ein Compromiß der angedeuteten Art hätte dann von vornherein abgewiesen werden müssen, wenn die Absichten der Regierung mit Schleswig-Holstein und die des Hauses schlechthin unvereinbar gewesen wären. Allein seit der Aufstellung der preussischen Forderungen, die officiell, d. h. in Depeschen und diplomatischen Auslassungen anfangs nicht einmal als ein Minimum auftraten, läßt sich so etwas unmöglich behaupten. In ihr Detail braucht man sich vorerst keineswegs einzulassen; im Großen und Ganzen entsprechen sie dem bundesstaatlichen Standpunkt der Majorität, und nicht an der preussischen Volksvertretung konnte es sein, die Grenzen aufzusuchen, über welche hinaus Preußens an sich verständige und gerechte, von der Nothwendigkeit eingegebene Forderungen möglicherweise zu Härten gegen das Brudervolk führen könnten. Das Abgeordnetenhaus konnte mit gutem Gewissen, gleichwie H. v. Sybel gethan, diese Forderungen einfach unterschreiben. Auch nehmen wir nicht an, daß es

sich in seinem Gewissen davon abgehalten gefühlt hat, als es bei Gelegenheit der Kriegskostenvorlage den noch etwas vageren michaelischen Antrag verwarf. Oder wenn es durchaus das Gewissen gewesen sein muß, so war es die liberale, nicht die nationale Hälfte ihres Bewußtseins, was die Mitglieder der Mehrheit abhielt, sich Herrn v. Bismarck auch nur soweit zu nähern. Nicht das Selbstbestimmungsrecht Schleswigs-Holsteins, das preußische Verfassungsrecht dictirte ihr Nein. Sie verweigerten selbst der bundesstaatlichen Politik der Regierung ihre Unterstützung aus Haß gegen Herrn v. Bismarck und dessen Collegen. Die günstige, zur Versöhnung aufgelegte Disposition, mit welcher sie auch in dieser Beziehung fünf Monate früher in Berlin eingezogen waren, hatte unter den aufregenden, erbitternden Eindrücken einer verlängerten und doch fruchtlosen Session wiederum ganz dem alten absoluten Oppositionsgefühl Platz gemacht, in welchem sie sich 1863 gelobt hatten, mit diesen Ministern niemals Vertrag und Frieden einzugehen.

Die Session begann im Januar unter Aspecten, welche eine Verständigung ziemlich leicht erscheinen ließen. Die obersten Interessen beider streitenden Theile ließen sich gemeinsam wahren; was jedem das Theuerste war, das zu bekämpfen konnte dem andern nicht länger als eine unabweisbare Nothwendigkeit gelten. Aber die abstracte Möglichkeit einer Vereinbarung, welche in den Dingen lag, wurde aufgewogen durch die Abneigung und Unfähigkeit, welche in den Personen steckte. Anfangs freilich war man auf beiden Seiten auch dagegen noch auf seiner Hut. Herr v. Bismarck zügelte die Zunge, die 1863 so schwer verharshende Wunden geschlagen hatte, indem er dem Abgeordnetenhause seine mehr herausfordernde als behagliche Gegenwart die ersten Monate hindurch ganz entzog. Die Reden der Majorität verdienten sich von den Repräsentanten der Regierung das Lob der Objectivität, und ein vereinzelter Mignon in der ungewohnten äußeren Harmonie, wie Grabows Aufzählung der Beschwerden des Landes nach seiner Wiederwahl zum Präsidenten, erstarb in den Wellen der allgemeinen Consonanz. Wenn damals auf der Regierungsseite der Trieb, auf Seite der Opposition das Vermögen zu einem Abschluß stark genug vorhanden gewesen wäre, so hätte die Session noch vor Ostern das erwartete große Ergebnis liefern müssen. Aber beides mangelte.

Daß Herr v. Bismarck nicht auf Rosen gebettet ist, weiß jeder halbwegs Kundige. In der Partei, welche ihn unterstützt, an dem Hof, welchem er angehört, und in dem Monarchen, welchem er dient, stößt er tagtäglich auf tausend Hindernisse. Die Einen — Herr v. Gerlach, v. Kleist, Professor Hengstenberg und Genossen — wollen gar nicht, daß es ihm mit der auswärtigen Politik zu wohl gelinge; ihr beschränkter Sinn ist ausschließlich auf die inneren Gegenstände gerichtet, und sie besorgen nicht mit Unrecht, die nach außen gefehrte Schneide des „königlichen Regiments“ könne nach innen am Ende stumpf werden.

Die Andern gönnen sich oder Preußen zwar alle möglichen moralischen oder unmoralischen Eroberungen, begreifen aber nicht, daß man dazu des „ohnmächtigen“ Abgeordnetenhauses bedürfen könne. Dies sind diejenigen Gläubigen, auf welche Herr v. Bismarck's frühere Ermuthigungspredigten, seine systematische Verhöhnung des Hauses und des ganzen parlamentarischen Wesens eine zu starke, ihm selber jetzt unbequeme Wirkung gethan haben. Beide Fractionen oder Stimmungen aber vereint haben ihm wiederholt Steine in den Weg geworfen, wenn er einen ernsthaften Anlauf zur Verständigung mit dem Abgeordnetenhause nehmen wollte. Zweimal glaubte er und der Kriegsminister den König soweit zu haben, daß ein der Mehrheit sicherer Militärgesetzentwurf dem Hause vorgelegt oder im Hause als annehmbar bezeichnet werden könne, — und beide Male strauchelten sie über eine Nebensache oder Kleinigkeit. Nur eine ernstere Verlegenheit des Staates verspricht diese Schwäche des Versöhnungstriebes, die aus dem doppelten Siegesgefühl des Staates und der Partei entspringt, zu heben. Das correcte constitutionelle Mittel, Entlassungsgesuch der Minister im Falle der Nichtzustimmung zu nothwendigen Maßregeln, liegt theils der ganzen Anschauungsweise der Herren v. Bismarck und v. Roon zu fern, theils mangelt ihnen für den Gebrauch desselben auch eine allerdings kaum entbehrliche Sicherheit, die des Rückzuges an die Spitze einer mächtigen parlamentarischen Opposition.

Der Majorität des Abgeordnetenhauses dagegen fehlt es an jeder wirksamen Organisation. Ihre Scheidung in zwei große Clubs hat keine innere Bedeutung mehr, da während der ganzen Session wohl nicht eine einzige Abstimmung vorgekommen ist, in welcher die beiden Fractionen geschlossen gegen oder neben einander aufgetreten wären, dagegen verschiedene, welche beide Fractionen in gleicher Auflösung zeigten. In der That halten dieselben nur noch rein äußerlich zusammen; ihre immer seltener gewordenen Sitzungen haben im Grunde keinen andern Werth mehr, als daß sie zwanglose Gelegenheiten sind, um die Tagesordnung des nächsten Plenums einmal unter guten Freunden bei Bier und Tabak vorher durchzusprechen, oder zu erproben, welcher Chancen im Hause ein bestimmter Antrag sich zu erfreuen haben werde. Der Unterschied zwischen der Fortschrittspartei und dem linken Centrum beschränkt sich etwa darauf, daß jene dem bureaukratischen Geschäftsbetrieb des Hauses, der alles Wichtige in die Commissionen verweist und seinen Ruhm im Arbeiten sucht, anstatt im Erfolg, nicht ganz so maßlos huldigt wie das letztere. Im linken Centrum hat die Scheu der Herren Gneist und v. Boockum-Dolffs vor der Oeffentlichkeit es glücklich dahin gebracht, daß alle innern Vorgänge mit einem dichten Schleier überzogen und dem profanen Auge verdeckt geblieben sind. Es ist ihnen gelungen, das „Amtsgeheimniß“ zur Seele ihrer Parlamentspartei zu machen; um diesen Preis haben sie die Ihrigen zusammengehalten,

und verhindert, daß die Sorge um das persönliche Schicksal in so vielen unbemittelten Beamten ansteckend übermächtig werde. Mit Ausnahme dieses Unterschiedes aber und seiner unvermeidlichen Folgen wird niemand eine wesentliche, charakteristische Differenz zwischen den beiden großen liberalen Clubs anzugeben im Stande sein. Ihre selbständige Bedeutung hat sich während dieser Session bis auf den letzten Rest verflüchtigt; die politische Anziehungskraft hat sich in kleinere Kreise verlegt, die zum Theil nicht viel anders entstanden sein mögen als durch den zufälligen Verkehr am Mittagstisch oder in der Abendkneipe.

Wenn so in den Formen die Anarchie einreißt, ohne daß doch die wesentlichen sachlichen Gründe für das Zusammengehen aufgehört hätten zu wirken, so bedarf es vor allem einer neuen Gruppierung und Organisation. Es muß eine frische Vertheilung der Massen vorgenommen werden, und eine feste Führerschaft muß sich bilden. Waldeck und Schulze-Delitzsch, Twisten und Ziegler, Löwe und Becker gehören vielleicht immer noch in dieselbe allgemeine Partei, solange die Verfassung nicht in ihre volle Kraft und Geltung wieder eingesetzt worden ist, — aber nicht in denselben parlamentarischen Club. Ihre Vereinigung zu einem solchen stärkt nicht, sondern schwächt die Gesamtkraft der Partei, weil es die nothwendige Ausgleichung zwischen den in ihr cooperirenden verschiedenen Richtungen in zahllose Einzelkämpfe zerreißt, anstatt daß sie lediglich einmal, von Fraction zu Fraction stattfinden sollte. Es ist möglich, daß sich die Grundgedanken bisher noch nicht in allen Einzelnen hinlänglich klar herausgebildet hatten. Die schleswig-holsteinische Krisis mag auch hier die Entwicklung für eine Weile unterbrochen und abgelenkt haben. Aber jetzt haben sich die Dinge wieder nach ihrer natürlichen Schwerkraft zurechtgerückt, das neue Element hat Zeit gehabt auch von einer trägeren Verdauung verarbeitet zu werden, und die lange aufgeschobene Auseinandersetzung in der Fortschrittspartei, begleitet und erleichtert durch eine ähnliche im linken Centrum, wird nun endlich erfolgen müssen. Die radicalen Freihändler Prince-Smith, Faucher, Michaelis und Genossen sind ja bereits mit gutem Beispiel vorgegangen.

Auf gleiche Art sollten die Nationalgesinnten, d. h. diejenigen, denen das Vorwärtskommen Preußens in Deutschland und zunächst in Schleswig-Holstein höher steht als der Ausbau des preussischen Rechtsstaats, ihre Stärke in einer Absonderung suchen, die ihnen erlauben würde, die Güte ihrer Sache ungebrochen darzuthun, bevor sie sich etwa, um praktische Ergebnisse zu gewinnen, mit weniger patriotischen Tendenzen auf Compromisse einlassen.

Die Gesamtheit aber, die liberale Majorität, sollte neben solchen engern

Verbindungen völlig gleichgesinnter Geister nur eine einzige Parteiversammlung und eine stehende, gegliederte Führerschaft haben, auch über die Landtagszeit hinaus.

Die Fortschrittspartei ist vor vier Jahren ins Feld gerückt unter der Führung einiger alten Kämpfer von 1848, Schulze-Delitzsch, Waldeck, v. Unruh, neben denen die jüngeren Männer Jung-Litthauens damals noch eine ziemlich bescheidene Rolle spielten. Vier Jahre haben indessen hingereicht zu zeigen, daß es hierbei sein Bewenden nicht haben kann. Die Generation, welche 1848 auf der Höhe ihres männlichen Alters stand, ist den heutigen politischen Kämpfen nicht mehr ganz gewachsen. Revolutionsepochen verbrauchen ihre Helden immer rasch, und die für jene geeignetsten Naturen sind oft nur mäßig brauchbar für eine Zeit langsamer, mühseliger Reform. Auch waren die dreißiger Jahre selbst im Gegensatz zu den vierziger Jahren noch eine sehr ungenügende Bildungsschule für Politiker. Schulze-Delitzsch hat sich um die Hebung des deutschen Handwerker- und Arbeiterstandes unsterbliche Verdienste erworben, aber auf dem Gebiet der Politik ist er von sehr viel weniger schöpferischer Ader. Bei Waldeck und v. Kirchmann vollends geht alles Streben auf in einer ehrenwerthen, aber beschränkten Schwärmerei für bestimmte Verfassungsrechte; darüber hinaus sind sie banal oder gänzlich unfruchtbar. Wenn die Fortschrittspartei aus einem losen, zerstreut fechtenden Haufen ein geschlossenes, actionsfähiges Heer werden will, so muß sie damit anfangen, diese würdigen alten Herren aus dem activen Kriegsraath in eine mehr ornamentale Stellung zu verpflanzen, ähnlich der, welche früher Lord Lansdowne und bald voraussichtlich Lord Palmerston unter den englischen Whigs einnimmt.

Eigentliche Führertalente scheinen unter den jetzigen liberalen Abgeordneten nur etwa v. Forkenbeck, Sneyd und Virchow zu besitzen. Twisten hat sicherlich den vollen politischen Verstand, und Michaelis außer einer nicht unbedeutenden Einsicht den Ehrgeiz, der dazu gehört; aber es bedarf außerdem auch einer mehr äußerlichen, unmittelbar auf die Menschen wirkenden Begabung, und ob ihnen diese ebenfalls eigen ist, steht wohl noch dahin. Eine wahrhaft herrschende, überwältigende, hinreißende Persönlichkeit, wie sie sich in Georg v. Vincke leider mit einer so ganz unberechenbaren Sinnesart, mit einem hartnäckigenhaften an untergeordneten Gesichtspunkten, geringem Ueberblick und mangelhafter Hingebung verbindet — eine solche Persönlichkeit ist auf der ganzen liberalen Seite des Hauses überhaupt nicht zu finden. Höchstens, daß v. Forkenbeck im Laufe der Jahre zu einer solchen emporwüchse. Er hat auf jeden Fall eine bemerkenswerthe Anlage zu gewichtiger, würdevoller, feierlicher Beredsamkeit; und ganz im Einklang mit dieser Naturgabe schon er seinen Ruf und spart sein öffentliches Hervortreten für besondre außerordentliche Veranlassungen auf. In der brennenden Frage des Verfassungskampfes aber, der Frage der Armeereform,

hat er zuerst, wenn damals auch erfolglos und also vielleicht verfrüht, den allein heilsamen Weg des Compromisses mit sicherem Fuße beschritten. Das war ohne allen Zweifel eine Führerthat. Er hat sie diesmal nicht wiederholt, vorsichtig abgehalten durch den Schatten des ersten Mißerfolgs; aber er wird sie das nächste Mal wiederholen, wenn wir uns irgend auf ihn verstehen, und dann mit Erfolg. So stumm-zurückhaltend v. Forckenbeck, so leichtflüßig hat sich bisher die andere parlamentarische und politische Hoffnung der Fortschrittspartei gezeigt: Professor Birchow. Er geht in der Vielseitigkeit und Allbeschlagenheit außerordentlich weit, — so weit, daß ohne ein ernstes dringendes Motiv des Immervoransseins seine Urtheilskraft und Selbstbeherrschung in Frage gezogen werden müßte. Allein er hat sich dafür doch auch bereits zum schlagfertigsten Redner des Abgeordnetenhauses gebildet. Wer sich so wie er in allen bedeutenderen Materien ohne Ausnahme einstudirt, dem kann man doch nicht wohl Redewuth, nicht gerade unbändige Eitelkeit und am wenigsten vielleicht Dilettantismus mehr vorwerfen, sondern muß annehmen, daß er die Politik als sein eigentliches Fach ansieht. Natürlich kann auch ein Arbeitsgenie wie Birchow nicht gleichzeitig in der Medicin und in der Politik allen Zeitgenossen voranschreiten und wird daher über kurz oder lang eine Wahl treffen müssen, die, wie wir vermuthen, auf die Politik fallen wird. Für die Medicin hat er genug gethan, um in ihren Annalen fortzuleben; er wird politischen Geschmack und Ehrgeiz genug besitzen, um zu wünschen, daß auch die politischen Jahrbücher Deutschlands Grund erhalten ihn unter ihre bedeutenderen Namen aufzunehmen. Wir billigen seine Haltung in der schleswig-holsteinischen Sache nicht, aber nicht davon ist hier die Rede, wie überhaupt nicht von der Richtung, der er jetzt zugewendet ist, sondern von seiner Befähigung zur Führung einer Partei, und da ist anzuerkennen, daß er in seiner Vielgewandtheit, Arbeitskraft, Schlagfertigkeit und Ruhe gewiß nicht unbedeutende Gaben besitzt. Wenn sein Colleague und Nebenbuhler Gneist größeren Scharfsinn, einnehmendere Beredsamkeit und reicheres politisches Wissen aufzuweisen hat, so mangelt diesem doch theils Stetigkeit und Einheit des Willens, theils eine gewisse allgemeine Uebereinstimmung mit dem gesunden Menschenverstande zu sehr, als daß er Birchow mit Ueberholung bedrohen sollte. Graf Seggenberg ist dem Freiherrn v. Lerchenfeld auch an Feinheit des Verstandes und Reichthum des Geistes bei weitem überlegen, aber doch hat dieser, nicht jener, Jahrzehnte hindurch die bayerischen Ultraliberalen geführt.

Nur anerkannte, wirklich leitende Führer von überlegener Energie und Einsicht können die große Lücke ausfüllen, die in der politischen Ausrüstung des Abgeordnetenhauses augenblicklich noch zu bemerken ist: die Unfähigkeit, sich über die einzelnen Aufgaben und Sorgen des Tages zur Gesamtanschauung der Lage des Vaterlandes und der Partei zu erheben. Bei der Masse der einzelnen

Mitglieder kann dieser Naturzustand politischer Noth und Naivetät niemals ganz verschwinden, — am wenigsten in unsern deutschen Verhältnissen, die es so mit sich bringen, daß man heute Rechtsanwalt, Schullehrer oder Arzt ist und morgen einer der Gesetzgeber der Nation. Darum gerade bedürfen vorwärtsstrebende Parteien des Führers, der ihren nothwendig befangenen und begrenzten Blick auf den großen Zusammenhang der Dinge richtet. Die technischen Arbeiten der Commissionen zu erledigen mag jedesmal den sachverständigen und geübten Mitgliedern überlassen bleiben. Der politische Führer aber muß jeder solchen Thätigkeit den Werth anweisen, welchen sie für den parlamentarischen Feldzug im Großen und Ganzen besitz; er muß verknüpfen, was sich sachlich sondert, sobald die Verknüpfung, die gemeinschaftliche politische Behandlung zweier oder mehrerer Dinge einen praktischen Erfolg verspricht. Eine Partei, die nicht im höhern Sinn des Wortes Führer hat, kommt allerdings nicht so leicht in die Lage, einen Compromiß einzugehen, weil es ihr an dazu geschickten und dafür Credit besitzenden Händen fehlt, — und es ist wohl keine Frage, daß diese Consequenz der Führerlosigkeit der Fortschrittspartei von ihren Ultras mit Behagen hingenommen wird, weil ein Ultra eben jeden Compromiß verabscheut. Indessen eine führerlose Partei ist nicht bloß zu Vergleichen mit dem Gegner, sondern überhaupt zu jeder rechtzeitigen Bewegung unfähig. Sie vermag ebensowenig siegreichen Krieg zu führen wie zweckmäßigen Frieden zu schließen, es sei denn für die kurze Zeit, wo Stillstehen und Schließen den Feind hinlänglich in Athem erhält. Die Fortschrittspartei hat eben jetzt Anlaß, die Richtigkeit dieser Betrachtung praktisch zu erproben: ihre mangelhafte Organisation hat sie bisher verhindert, ihre Stellung zur Militärfrage den Veränderungen in der thatsächlichen Lage und in der öffentlichen Stimmung entsprechend aufs neue zu fixiren, und plötzlich angeordnete Neuwahlen könnten sie daher in arge Verlegenheit setzen. Es ist hohe Zeit, dieses Versäumniß selbst unter den Erschwerungen der Periode zwischen zwei Landtagssessionen nachzuholen. Es ist Zeit, daß der kämpfende preussische Liberalismus wieder Führer bekomme und eine ununterbrochen wirksame vielseitige Organisation.